

Parlamentarischer Vorstoss GGR  
Eingang : 12. SEPTEMBER 2014  
Bekanntgabe im GGR : 30. SEPT 2014



**Philip C. Brunner - Jürg Messmer**

SVP-Fraktionsmitglieder des GGR & Stadtzuger Kantonsräte  
c/o SVP Stadt Zug, Postfach 702, 6301 Zug

**Per Hand**

**An den Präsidenten des GGR**

Herrn Gemeinderat Stefan Moos  
c/o Stadtkanzlei der Stadt Zug  
Stadthaus am Koliplatz  
6300 Zug

Zug, 10.9. 2014

**Interpellation: Unklare Kommunikation der gemeindlichen Aussenpolitik der Stadt Zug – redet der Stadtrat mit doppelter Zunge und verpasst den Aufbau von Vertrauen zwischen Zuger Gemeinden – der Stadt Zug und Kanton Zug? Aufforderung für eine aktive und dynamische Aussenpolitik der Stadt Zug!**

**Vom zukünftigen genüsslichen Badespass im Aegerital ...**

Die Stimmbürger von Unter-und Oberägeri haben am 22. Juni 2014, nach einer engagierten Debatte mit demokratischem Mehr dem Bau und zukünftigen Betrieb eines Hallenbades, sowie der Gründung einer gemeinsamen AG für das Projekt „Aegeribad“ zugestimmt. Sowohl in Unterägeri (einer Nehmergemeinde des ZFA), aber auch in Oberägeri, wurde die Vorlage mit grossen JA-Mehrheiten von 68,4% (Unterägeri) und 71% (Oberägeri) zugestimmt. Sowohl die Stadtzuger Oeffentlichkeit wie auch Stadtzuger Politik müssen diese klaren Abstimmungsergebnisse im Aegerital zur Kenntnis nehmen. Positiv ist immerhin, dass nun damit im Aegerital selbst ein Zentrumsangebot entsteht und die Einwohner der Stadt Zug später indirekt ein attraktives regionales Ausflugs-und Erholungsangebot erhalten werden. Es bleibt zu hoffen, dass man nach der Eröffnung auf Eintritte mit einen Einheimischenrabatt verzichtet.

Nur – würde irgend jemand heute in der Stadt Zug ein solch grosszügiges Bäderprojekt mit einem Investitionskredit von 36,3 Mio. und den entsprechenden Folgekosten fordern, etwas Vergleichbares hat die Stadt bekanntlich nicht im Entferntesten, würde man zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Stadt Zug sich neben den bestehenden Zentrumslasten nicht noch ein solches Projekt leisten könnte. Selbst der Bau eines offenbar benötigten Schulhauses ist heute bereits eine finanzielle Gratwanderung, da die momentan möglichen jährlichen Investitionen im Schnitt in der Stadt nicht mehr als CHF 30,0 bis CHF 35,0 Mio. betragen dürfen. Dies bei einer Bevölkerung in der Stadt Zug die rund doppelt so hoch ist (28'000) wie die beiden Gemeinden von Unter-und Oberägeri zusammen, von der Zahl der Beschäftigten in der Stadt gar nicht zu reden.

**...zum Ernst der Lage und dem dicken Ende mit den finanziellen ZFA-Realitäten ...**

Vorher allerdings, am 27. Mai 2014 erhielten sämtliche 80 Zuger Kantonsräte ein persönlich adressiertes Schreiben der Gemeindepräsidenten-Konferenz der Zuger Gemeinden (GPK), gezeichnet von Josef Ribary, Gemeindepräsident und Frau Sylvia Derrer Pape, Gemeindeschreiberin

von Unterägeri. Darin steht folgendes Zitat: „... kann festgestellt werden, dass alle Mitglieder der zehn Zuger Gemeinderäte und des Stadtrates von Zug der nun als 1. Paket bezeichneten Aenderung des ZFA **einstimmig zugestimmt** haben. Dies ist unseres Erachtens umso bemerkenswerter, als sämtliche Nehmergemeinden von dieser Aenderung betroffen sind. Somit besteht die Gefahr, dass sich die Steuerschere wieder öffnet. Die Mitglieder der Gemeindepräsidenten- und der Finanzchefenkonferenz bitten Sie, (...) den in zähem Ringen erreichten Kompromiss, hinter welchem alle elf Gemeinden stehen zu befürworten.“ Ende Zitat.

Soweit so gut aber nun noch **zum dicken Ende** des höflichen Briefes der Gemeindepräsidenten:

**„Zudem möchten wir Sie auffordern, die Einigkeit, welche die Zuger Gemeinden trotz eines schwierigen Prozesses beibehalten konnten, nicht durch eine zweite Tranche (2. Paket) ZFA Aenderungen zu gefährden.“**

**Wir unterzeichnenden Stadtzuger Kantonsräte dieser Interpellation staunen über diese ungewöhnliche Aufforderung der GPK, umso mehr, als der Kantonsrat grossmehrheitlich diesbezüglich klare Aufträge für die Vorbereitungen für diese 2. Tranche an die Regierung erteilt hat.**

Das 1. Paket/die 1. Tranche der ZFA-Revision wurde bereits am 3. Juli 2014 in 1. Lesung im Kantonsrat beraten und die Inkraftsetzung ist bei positivem Ausgang der 2. Lesung am 25.9.2014 per 1.1.2015 geplant. Für die Stadt Zug ergeben sich bei einer Einlage des Kantons von vorgeschlagenen CHF 4,5 Mio. erfreulicherweise erhebliche ZFA-Kürzungen. Selbst ohne diese Einlage des Kantons, sollte diese Massnahmen der Stadt erlauben für die Periode 2015-2018 wieder schwarze Zahlen zu schreiben und das stark gerupfte pro Kopfvermögen der Einwohnerschaft zu konsolidieren.

Das 2. Paket/2. Tranche ist momentan in Vorbereitung durch die Finanzdirektion und weiteren externen Spezialisten und wird nach einem heute absehbaren längeren Verfahren, selbst im besten Fall, mit Vernehmlassung und Beratung in diversen Gremien vermutlich erst in ca. drei Jahren (2017/18) in den Kantonsrat kommen. Dies auch deshalb, weil mit der USR III und weiteren voraussehbaren gesetzlichen Aenderungen vor allem den Fiskalerträge der iuristischen Personen, inkl. Holding- und gemischten Gesellschaften nicht nur unser Kanton unter Druck steht.

**Zusammenfassend:** Die Zuger Gemeinden sind offenbar plötzlich nicht mehr bereit, auf die 2. Tranche des ZFA überhaupt einzutreten oder grössere Zugeständnisse zu machen. Sie senken selber ihre Steuern nicht, was übrigens auch den städtischen Beitrag senken würde, sondern leisten sich, ein schönes Aegeribad, aber auch einen, sich gerade im Bau befindlicher Werkhof für CHF 21,0 Mio. und vor wenigen Jahren die grösste Veranstaltungshalle des Kantons, alles Grossprojekte, die nur durch die Quersubventionierung mittels ZFA überhaupt bezahlbar sind und mit den zu erwartenden Folgekosten über Jahre hinaus eine finanzielle Entlastung der Stadt beim ZFA ausschliessen.

**Wir stellen somit im Zusammenhang zu den beiden Tranchen des ZFA folgende Fragen:**

1. War dem Stadtrat bekannt, dass die Gemeindepräsidenten dem Kantonsrat, offenbar **einstimmig schriftlich empfehlen, auf eine 2. ZFA Tranche einfach zu verzichten?**  
Wenn ja, warum hat der dort anwesende Stadtrat dies in der GPK (Gemeinde-Präsidenten-Konferenz) so befürwortet, obwohl dies ganz klar nicht im mittelfristigen finanziellen Interesse der Stadt liegt? Warum wurde den Zuger Kantonsräten bzw. dem GGR bisher diese wichtige veränderte Position nicht vorgängig direkt mitgeteilt?

2. Wie glaubt der Stadtrat die aus der 2. Tranche fehlenden potentiellen Beträge langfristig überhaupt kompensieren zu können? Dabei sei auf die Tatsache hingewiesen, dass die Stadt weiterhin auf allen Ebenen wächst und zwar die aus diesem Wachstum resultierenden Kosten höher sind, als die aus diesem Wachstum resultierenden Fiskaleinnahmen der natürlichen und juristischen Personen. Schon mittelfristig, ab 2018 drohen somit wieder neue städtische Defizite.
3. Es ist nun offensichtlich, dass der Stadtrat mit den Gemeinden aussenpolitisch viel aktiver kommunizieren muss, damit deren Verständnis für die gewaltigen zukünftigen Herausforderungen des Wirtschaftsstandortes Stadt Zug zunimmt. Welche Massnahmen könnten aus Sicht des Stadtrates die von uns geforderte neue „aktive dynamische Aussenpolitik“ der Stadt Zug für diese verbesserte Zusammenarbeit und Kommunikation mit den Gemeinden sein? Bitte mit Beispielen aufzeigen, an was für Möglichkeiten gedacht wird?
4. Wie kann das leider belastete Vertrauen zwischen Stadt und Gemeinden darüber hinaus verbessert werden – und aufgezeigt werden, dass eine Stärkung des „Wirtschaftsmotors“ Stadt Zug für alle eine Win-Win-Situation darstellt.

Wir danken dem Stadtrat für seine Antworten und allfällige weitere relevante Informationen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Philip C. Brunner  


Jürg Messmer  


Anhang:

**ZFA Daten und Ergebnisse Jahresrechnung von Unterägeri und Oberägeri in den letzten 3 Jahren:**

Jahr:	2011	2012	2013	Sub: CHF
ZFA Beitrag Gde. Unterägeri:	- 14,9	- 14,7	- 15,6	- 45,2 Mio.
ZFA Beitrag Gde Oberägeri:	+ 1,4	+ 2,5	- 1,2	+ 2,7 Mio.
Ergebnis Gde. Unterägeri:	+ 4,6	+ 2,2	+ 1,5	+ 8,3 Mio.
Ergebnis Gde. Oberägeri:	+ 11,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 13,4 Mio.
ZFA Nettobedarf des Aegeritals:	+ 2,4	- 8,9	- 14,3	- 20,8 Mio.
<b>Beiträge der Stadt Zug ZFA (o. NFA)</b>	<b>+ 58,6</b>	<b>+ 52,5</b>	<b>+ 56,9</b>	<b>168,0 Mio.</b>

Legende:

- + Einzahlungen/Geber
- Bezüge/Nehmer

P.S. Der GGR hat bedauerlicherweise am 9.9.2014 die „ausserpolitische“ Vorlage Langzeitpflege Nr. 2301 (Gemeinnützige Aktiengesellschaft "Pflegezentrum Luegeten", Menzingen; Beteiligung an einer privaten Unternehmung und Objektkredit) gegen den Willen des Stadtrates leider mit 17:20 knapp abgelehnt. Das solche Entscheide das aussenpolitische Verhältnis gerade zu kleineren Gemeinden überhaupt nicht verbessert sei hier unmissverständlich festgehalten. Die SVP Fraktion war sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung für die Aussenwirkung sehr bewusst.